

Angen für jegehörig erklären durften, während sie auf der
anderen Seite sich mit dem Abgeordneten Albrecht einver-
standen erklären durften und bitten sollten, von den Wohl-
fahrts-Einrichtungen ausgeschlossen zu werden. Von der Alternati-
ve einer Lohnhöhung war keine Rede. Das Reichs-
gesetz innerhalb zwei Tagen an die Arbeiter zu überreichen
sollte. Bei der Verlesung hatte der Reichstag ausgedrückt
sich darauf hingewiesen, daß zur Zeit Arbeitsmangel
herrsche und in Folge dessen dieses Jahr auch keine Ge-
sammtbewilligung der Arbeiter stattfinden könne. Da voraus-
zusetzen war, daß bei der mangelhaften gewerkschaftlichen
Organisation und angesichts der Krise Hunderte von Arbeitern
das Reichsrecht wider ihre Überzeugung unterschreiben würden,
und die Partei demnach kein Interesse daran hatte, der Ver-
lesung eine Liste der überzeugtesten Genossen so beizugeben, so
beschloß, gab die öffentliche Parteiliste die Parole aus,
daß alle Arbeiter sich für die Wohlfahrts-Einrichtung
erklären sollten, von der sie dieses Jahr so wie ja nichts er-
halten! Motiviert wurde die Parole damit, daß die Direktion
die wahre Meinung der Arbeiter aus der Haltung des
Arbeiterausschusses erkennen konnte. Außerdem folgte die
Direktion schon beim letzten Kaiserbesuche nicht dem Wunsch
des Arbeiterausschusses, über die Frage des Sozialrechts
eine geheime Abstimmung zu veranstalten, weil sie deren
Ergebnis und damit auch die Folgen der Krise
beeinträchtigt hätte, und die Arbeiter sehr wohl wußten,
daß die Lenkung der Arbeiter sehr wohl wußten,
weil sie die oft- und westdeutschen Kreisblätter frohlockend
von einem Nigrantensturm der Arbeiter gegen den Abg.
Albrecht berichten, da sich noch nicht ein Prozent für ihn er-
klärt hätte.

Die öffentliche Arbeiterbewegung hatte vor diesen Ereignissen schon
eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in der der Abg.
Hörner über die diesjährigen Reichstagswahlen sprechen
sollte. In dieser Versammlung wurden die Vorgänge in der
Waggonfabrik als zweiter Punkt an die Tagesordnung gesetzt.
Unter den 200 Anwesenden war die Arbeiterpartei der Waggon-
fabrik sehr zahlreich vertreten, und Mitglieder des Arbeiteraus-
schusses trafen in die Debatte ein. Genosse Müller ging im
einzelnen die Wohlfahrts-Einrichtungen der Waggonfabrik durch
und zeigte, was sie im Grunde genommen wert sind. An den
Vorgängen sei der freimüthige Reichstags-Abgeordneter
Widers, der Aufschreibensvorsitzende, sicher mitschuldig.
Wohlfahrts-Einrichtungen habe er bei der Abfassung des Reichs-
gesetzes im Auge zu haben, wie auch Krupp ebenfalls in Capri war,
wenn sich die Arbeiter zu Bescheiden veranlaßt fühlten. Nach
dem mit förmlichem Beschluß angenommenen Referat wurde folgende
Resolution einstimmig angenommen:

„In der Erwägung, daß bei Arbeitsmangel angesichts des
drohenden Hungers und Glücks öffentliche Mitteilungen im
engen Rahmen einer Fabrik ein Bild der wahren Meinung
der Arbeiter nicht geben können, protestiert die am 15. März
im Europäischen Tage tagende, von ca. 2000 Arbeitern und
Bürgern besuchte öffentliche Volksversammlung gegen die Vor-
nahme solcher Kundgebungen. Derartige Kundgebungen
süßten auch ohne direkte Beeinflussung zu einem Gewissens-
zwang und züchten Feindschaft. Die Versammlung er-
klärte, daß ihnen der Abg. Albrecht am 13. Februar aus
dem Herzen gesprochen. Sie wunden sich darüber, daß von
den sehr bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen, während
die im Namen der gesamten Arbeiterbewegung, während
der Wohlfahrts-Einrichtungen geforderte Lohnhöhung
bei der Revision seinerlei Berücksichtigung fand. Die Ver-
sammlung sehen in der von der konstitutionellen Direktion ver-
anlagten und dem freimüthigen Aufständigen-Vorhaben des Abg.
Widers gestifteten Schuldigung an die sogenannten Wohlfahrts-
Einrichtungen einen Anstoß gegen die kapitalistische Sozialpolitik.
Sie verpflichten sich, im Juni dem Abg. Widers für seine Vor-
lesung für öffentliche Mitteilungen bei geheimer Wahl die ge-
bührende Danksagung zu erteilen und unverzüglich zur sozial-
demokratischen Partei zu halten.“

Intriguenspiel im preussischen Beamtenamt.

Der Fall Weisinger und andere Vorkommnisse haben schon
zur Genüge bewiesen, daß es bei dem „altbewährten“ preus-
sigen Beamtenamt manchem recht fall zugeht. Jetzt wird
sich wieder von einer Beamtenliste aus Hannover be-
richtet. Der Herrgott, übrigens höchst reaktionärer Regierungs-
präsident von Hannover, von Brandenstein, sollte nach
Magdeburg versetzt werden. Er weigerte sich, die Versetzung
anzunehmen und hat mit seine Entlassung aus dem Amte, die
ihm jedoch nicht bewilligt worden ist.

Ueber die Vorgeschiede dieses auffälligen Vorganges ver-
ständlich heute die Hannov. Allg. Ztg. Enthaltungen, was
Herr v. Brandenstein einen Verleumdungsdelikt zum
Opfer gefallen wäre. Sie schreibt:

Herr v. Brandenstein ist nicht das Opfer seiner politischen
Überzeugungen und seiner politischen Erziehung geworden,
sondern eine Intrigue hat ihn gefasst, eine Intrigue, für die
ein hoher Beamter, der die Bekämpfung in Hannover führt,
getern die kurze Weidung fand, „Hobendol-Gemeinschaft.“
Man hat in Berlin an hoher Stelle so lange und so
treuherrig erzählt, Herr v. Brandenstein sei ein Trunkenbold,
der das Ansehen seines Amtes untergrabe, und er sei des-
halb in Hannover unmöglich, bis von dieser Stelle aus seine
Strafverurteilung angeregt wurde. Er wurde also genau-
recht.

Herr von Brandenstein erfuhr erst, als er den „blauen
Brief“ in der Hand hatte, hiervon. Er reiste nach Berlin.
Herr von Hammerstein, der momentane Inhaber des Vor-
steherpostens des Innern, empfing ihn, wie man in Unigade ge-
fallene Leute zu empfangen pflegt, und gab ihm den Rat,
Gegenüberstellung zu kommen. Das weigerte sich der
Besitzer von Brandenstein, denn er ist kein gedemüthigter
Mann, sondern ein aufrichtiger und bestimmter Mann.
Und weil er hinterlistig verleumdet war, ging er zum Kaiser,
der ihm immer freundlich und gnädig gelohnt gewesen war,
um sich zu verteidigen. Der Kaiser empfing Herrn v. Branden-
stein nicht.

Demselben die Schilderung auf Wahrheit, so kann Vertrauen auf
sein Beamtenamt mit seinem Klauf und seinen Intriguen nicht
falls sein.

Der Kampf der Arbeiter in Holland.

Ueber die gegenwärtige Lage wird dem Vorwärts von seinem
Amsterdamer Korrespondenten geschrieben: Wie Belastingen
Bureau meldet, hat die Zentrale Abteilung der Zweiten Kammer
beschlossen, nichts mehr auf die Tagesordnung zu setzen zur
Sektions- oder öffentlichen Beratung, so daß die Kammer nach
Ablauf der öffentlichen Sektionsberatungen bis nach Ostern
vertagt wird, wenn nicht besondere Umstände eintreten.

Das Handelsblatt meldet, daß die Regierung bereits ein
Gesetz vorbereitet hat, um die einberufenen Wahlen unter den
Waffen zu behalten, so lange solches für rasam erachtet wird.
Der Niederländer, das Blatt von de Savornin Volkmann,
dringt auf Eile an und meint, daß wohl noch vor Ostern die

Öffentliche Behandlung der Sozialisten in der Zweiten Kammer anfangen könnte, wenn die Regierung aus ihrer Sicht mit gehöriger Eile den Sektionsbericht beantwortet. Mit Rück- sicht auf die Aufstellungen wäre dies wünschenswert.

Der Amsterdamer Gerichtshof hat die Berufung von Ge-
nosse n. b. Gies gegen die Verurteilung der gegen ihn erfolgten
Anklage nach der öffentlichen Behandlung verworfen.

In Haag stehende Wahlen richteten ein Gesicht an den Kriegs-
minister um Entlassung nach der geschäftlichen Dienstzeit von
sechs Wochen. In einer Stunde waren 400 Unterschriften
hierfür gesammelt.

Toskana contra Bettini.

Die Erregung wegen des Manifestes des Königs von Sachsen
hat sich in toskanischen Kreisen immer noch nicht gelegt, und
es ist nicht ausgeschlossen, daß Prinzessin Luise unter Beteiligung
ihrer Reichsbeisitzer eine Antwort zur Veröffentlichung gelangen
lassen werde, worin sie die Zustände am sächsischen Hofe genau
schildern wird. Auch wird sie über den Zweipalast berichten, der
zwischen ihr und dem ersten Verlobten des sächsischen
Hofes schon längere Zeit bestanden hat.
Ein Salbung wird berichtet, daß die Werbung von einer
Erkrankung der Prinzessin Luise ungedrungen sei.

Termin der Reichstagswahlen. Die liberale Korre-
sp. erklärt aus guter Quelle zu wissen, daß die Wahlen eine
Woche früher als im Jahre 1898 stattfinden sollen, also am
9. Juni. Bei den letzten Hauptwahlen 1898 und 1899 seien
die Stichwahlen Ende Juni mehrfach durch die Erste-Arbeiten
beeinträchtigt worden.

Der Gegenwärtige betreffend die Abänderung des Wahl-
reglements soll dem Reichstage unmittelbar nach den Oster-
ferien zugehen.

Ständegerichte. In parlamentarischen Kreisen der bürger-
lichen Parteien nimmt man an, daß der Bundesrat selbst eine
Vorlage betreffend Gewährung von Diktien an die Mitglieder
des Reichstags ausarbeiten und dem letzteren am Schlusse der
Sesssion vorlegen werde. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfte auch
die Einbringung des Entwurfes wegen Sicherung des Wahl-
geheimnisses hinausgeschoben werden. Der vom Reichstag be-
schlossene Diktienentwurf wird in Bundesratskreisen in
mehrfacher Hinsicht als unpraktisch beanstandet.

Was an diesen Berichten wahr ist, läßt sich jedoch nicht
kontrollieren. So viel ist allerdings fest, daß seitens der
Regierung den Wahlkommissionen und Wahlvorständen Anweisung
gegeben worden ist, für abgeschlossene Räume in den Wahl-
lokalen zu sorgen. Diese Räume können aus einer solchen
spanischen Wand oder einem Bretterverkleidung bestehen, müssen
jedoch genügend Licht haben.

Das Verfassungsparlament und das Petitionsrecht.

Die Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses
beschäftigte sich mit zwei Petitionen wegen Abänderung des
Vertrags- und Verordnungsrechts. Die eine Petition ver-
langte eine reichsgesetzliche Regelung der Materie, und die
Kommission mußte sich infolgebeide für unzuständig erklären.
In der zweiten Petition petitionierte eine Frau namens einer
Volksversammlung. Hier wurde Tagesordnung beschloffen,
weil einer Volksversammlung gesetzlich überhaupt kein Petitions-
recht zusteht.

Der Beschluß ist nur in der Dreiklassen-Kammer möglich.
Selbstverständlich hat jeder Staatsbürger das Recht, auch im
Namen einer Volksversammlung zu petitionieren, wie ja auch
Resolutionen in dieser Weise den Parlamenten zur Kenntnis
gebracht werden können.

Der Bibel-Wahl-Professor sagt sich. Prof. Deligisch
mollte im April einen dritten Vortrag über das Thema Bibel
und Babel halten. Jetzt wird mitgeteilt, daß der Professor den
Vortrag erst im nächsten Jahre und zwar nur über das
alte Testament halten wird; er wird also nicht, wie er
verprochen hatte, auch das neue Testament behandeln.

Der Hofmann-Brief Wilhelm's II. hat also seinen Einfluß
auf den Professor Deligisch nicht verfehlt.

Schulz von Schulsteden. Der Schulmann Grützig in
Dresden verfaßte den ihm persönlich bekannten Drohbrief-
besten Bonk wegen einer kleinen Uebertretung in widerrecht-
licher Weise, legte ihn in Heften und transportierte ihn unter
Stützen und Faustschlägen ins Gefäß zur Wache. Der Staats-
anwalt beantragte für die Heldenthat 3 Monate Gefängnis.
Das Gericht hielt dem Angeklagten seine verbosie Erregtheit zu
gute, sog auch in Betracht, daß er durch Bonk bestimpt sein
sollte und verurteilte ihn zu 300 M. Geldstrafe. Mit 50 Mark
wegen Körperverletzung ist aber Grützig bereits vorbestraft.

Ein neuer Machtwort in Mexiko? Die Agencia Fabra
berichtet aus Madrid: Eine Depesche aus Ceuta meldet: Rabalen
von Stamm der Bentur greifen eine von dem Vertreter der
deutschen Firma Bourgeois u. Co. geleitete Expedition an
und bemächtigen sich des Viehs, einiger Waren und einer Summe
von 500 Piastern. Die Reisenden, unter denen sich ein Spanier
befand, wurden von den Rabalen niedergeschlagen; es gelang
den Reisenden indes, Tetuan zu erreichen. Der Gouverneur
von Tetuan sandte einen Vertreter aus, um die Rückerstattung
des geraubten Viehs zu erwirken; die Rabalen verweigerten diese
jedoch, und sie sagten, sie erkannten den Sultan von Marokko
nicht an.

Ausland.

Frankreich. Ein Konflikt zwischen Jaures und
Cavaignac. Der frühere Kriegsminister Cavaignac hatte in
einer Besprechung behauptet, Jaures' bekannte Friedensrede
würde von den Gegnern der Protesten in Metz in deutscher
Sprache öffentlich angeschlagen und zu einer unangenehmen
Situation benutzt werden. Jaures hatte durch Verzeigung
eines Artikels des Neues Blattes de Weisjig geantwortet, worin
diese Behauptungen Cavaignacs als absolut erfunden be-
zeichnet werden. Cavaignac warf nun Jaures in einem offenen
Briefe, den die Liberté publizierte, vor, daß er eine Verleum-
dung vorgebracht und eine Feindschaft gegen habe. Jaures
lehnte es ab, sich mit Cavaignac zu schlagen und macht das
Publikum zum Richter darüber, ob Cavaignac durch ein ent-
stelltes Zitat aus einem Neiges Blatt das Recht vermisste,
als laonler Gegner erachtet zu werden.

Deutscher Reichstag.

289. Sitzung. Sonnabend, 21. März, 10 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Dr. Stöbel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des
Kolonialgesetzes

beginnt mit dem Etat für das afrikan. Schutzgebiet
fortdauernd Nr. 1. Gouverneur.
Abg. Stolle (Soz.): Unsere Kolonialpolitik hat angeblich
den Zweck, in die Schutzgebiete eine höhere Kultur zu bringen.

Ueber nach dem eigenen Eingeländnis des Kolonialdirektors
Dr. Stöbel ist noch nicht einmal die Klage in den
Schutzgebieten abgeklagt worden. Das Reich müßte doch
wenigstens die unvorbereitete Kolonialpolitik in Ostafrika beilegen.
(Was! bei den Soz.) England ist schon vor langen Jahren
mit gutem Beispiel vorgegangen. Unsere Kolonialverwaltung
aber hat sich bisher lediglich auf das Sammeln von Material
beschränkt. Der Reichstag hat mit großer Mehrheit eine Resolu-
tion Erörtert angenommen, welche schrittweise Beilegung der
Kolonialpolitik verlangt. Ich frage nun die Regierung, welche
Mittel sie ergreifen hat, um dieser Resolution Folge zu leisten,
und ob die Kolonialpolitik in Ostafrika wenigstens abgenommen
hat. (Beifall bei den Soz.)

Kolonialdirektor Dr. Stöbel: Die im Verhältnis zum eng-
lischen Ostafrika unangenehme Lage des deutschen Ostafrika ge-
stalter uns nicht, die Kolonialpolitik abzugeben, welche die
Grundlage der dort bestehenden wirtschaftlichen Formen ist.
Wir werden indes, so bald es möglich ist, die Kolonialpolitik
beilegen; in diesem Sinne hat sich Gouverneur Graf Hagen
im Westafrika-Kolonialrat ausgesprochen. Graf
Hagen hofft auch, daß die Unklarheiten zur Lösung der
kulturellen Angelegenheiten beitragen werde. In Kamerun,
Togo und Deutsch-Ostafrika sind Verhandlungen gegen die
Schlechte erloschen; die Schutzgebiete sind unterteilt; die
Botschaften dürfen an zwei Tagen in der Woche für einen
Rechnung arbeiten und im Jahre 1902 sind 2037 Freibräute
erlaubt, also 600 mehr als im Jahre 1901.

Abg. Schreyff (Soz.) wünscht Verbilligung und Vereini-
gung der kolonialen Verwaltung und Wirtung der Kauf-
leute und Pfleger an derselben.
Kolonialdirektor Dr. Stöbel befreit, daß wir teuer koloni-
sieren als andere Nationen.

Abg. Stolle (Soz.): Was man in 20 Jahren nicht erreicht
hat, das wird man auch nicht auf einmal durch einen Bahnbau
erzielen. Die Regierung sollte endlich energisch die Haus-
kassiererei, diejen Schandfleck der Nation, beilegen. Wo ein
Wille ist, da ist auch ein Weg. (Beifall bei den Soz.)
Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Graf Hagen teilt mit,
daß in Dar-es-Salaam und Tanga schon jetzt Verarmungen
unter Teilnahme des kolumbianischen Elementes stattfinden.

Abg. Schreyff (Soz.) fragt an, wie der Versuch ausgefallen
sei, einheimische Arbeiter zugewandert zu den Arbeiten in den
Kolonien auszusuchen.

Abg. Dr. Hildebrandt begrüßt die Ausführungen des Kolonial-
direktors und des Gouverneurs und verlangt sofortige Aus-
scheidung der Kolonialbeamten.

Gouverneur Graf Hagen: Von einer Arbeitspflicht für
das ganze Schutzgebiet kann vorläufig keine Rede sein; dagegen
ist es gelungen, in den Dörfern um Dar-es-Salaam noch lieber
einstimmen mit den dortigen Pflanzungen eine zehnjährige Arbeits-
pflicht einzuführen. Ueber das Verbleiben des Reichs, der erst
1 1/2 Jahren im Gange ist, läßt sich noch nichts mitteilen.

Der Titel Gouverneur wird hierauf bewilligt, ebenso de-
battels der Rest des Ordinariums.

Im Extraordinarium hat die Kommission die für
die Fortführung der Eisenbahn Zanzibar-Morogoro
bis zum Meer (in einem Betrag von 1 1/2 Millionen) als erste Rate geforderte
1 Millionen auf 750 000 Mt. herabgesetzt.

Abg. Richter (Soz.): Obwohl die diesjährige Finanz-
lage noch schlechter ist als die vorherige, hat sich doch die aus-
sagegebende Partei, das Zentrum, für die im vorigen Jahre
abgelehnte Weiterführung der Bahn entschieden. Die finanzielle
Vorsichtige wegen um das Doppelte überschritten zu werden.
Die finanzielle Lage der Kolonien ist bedauerlich. Der Rest
der Betriebskosten. (Hört hört! links.) Die ganze Bahn war
eine Verhinderung des Herrn von Dedehering, der eine mehrjährige
Schwäche für ostafrikanische Bahnen hatte. (Beifall.) Es
wird von uns verlangt, daß wir an die Kolonien glauben
sollen. Korogoro ist ein Fieberort, Morogoro, das wird jetzt zu-
gelanden, ist auch ein Malariaort; aber hinter Morogoro, da
es ist der Ort, wo man herankommt, und auf der Bergen da moht das
Geld. (Beifall.) Es ist sogar schon ein Luftkurort dort
geplant. (Beifall.) Nicht am Mangel an Eisenbahnen und
an Reichthümlichkeiten sondern am Mangel an Eisenbahnen, halb
militärischen Rücksicht der Verwaltung stehen unsere Kolonien
dahin. (Zehr richtig! links.) Unsere Finanzen sind schlecht;
man braucht in der Erhaltung der Kolonien und in der Unter-
haltung der ostafrikanischen Bahnen hat man Geld übrig. Solche
Geldbewilligungen für Ostafrika bedeuten geradezu eine Schrit-
macherei für neue Steuerprojekte, und daher erklären wir uns
gegen diese Forderung. (Beifall links.)

Gouverneur Graf Hagen tritt für die Verlängerung der
Uambarabahn ein. Mit den neuangeordneten
werden wir mehr Geld erziehen, als mit den bisherigen
80 Millionen. Weiter werden wir nicht bauen, es sei
denn, daß sich Goldfelder finden. In ganz Ostafrika sind
die Ebenen ungesund, die Höhen aber gesund und für den Aufent-
halt von Europäern geeignet. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dr. Stöbel: Ich schreibe die Ausfüh-
rungen des Herrn Richter an und erkläre, daß die Bahn von Dar-es-
Salaam bis Morogoro ebenso wichtig ist, wie die Uambarabahn.

Abg. Herr v. Hertling (Soz.): Wenn wir ein Haus bauen,
müssen wir auch ein Dach draufsetzen. Ich bitte deshalb, die
Verlängerung der Uambarabahn zu bewilligen. Dagegen können
wir über die Bahn Dar-es-Salaam-Morogoro nicht vor so schnell
bestimmten Handel handeln.

Abg. Dabach (Soz.) erklärt sich in seinem und im Namen
einer Anzahl seiner politischen Freunde für die Fortführung
der Uambarabahn zumal die Interessenten die reichen Plantagen-
besitzer, keinen Beitrag leisten und bei uns die wichtigsten Kultur-
aufgaben aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden. Ausge-
dient haben wir ja gehört, daß nicht, wie behauptet wurde,
die Morogoro-Bahn durch Bewilligung der Forderung überflüssig
wird.

Abg. Dr. Barth (Soz. Vp.): Wir waren einstimmige Gegner
der Kolonialpolitik des Fürsten Bismarck. Es ist aber letzter,
Kolonien zu erwerben, als sie wieder loszugeben. Da wir
nun einmal Kolonien haben, müssen wir für ihre wirtschaftliche
Entwicklung sorgen. Wir werden daher für die Fortführung
stimmen.

Abg. Richter (Soz. Vp.): Alle Bahnen werden beson-
ders als Lebensfragen für die Kolonien bezeichnet. Wenn Herr
v. Hertling konsequent sein will, muß er auch diese Forderung
ablehnen: denn tragt bezieht sich das Haus auf jetzt nicht. (Zehr
wahr! links.) Graf Hagen braucht das Gleichnis von Mutter
und Kind und meine, das Mutterland müßte etwas für sein
Kind, die Kolonie, thun. Aber wie ist die Mutter überhaupt
zu helfen zu helfen gekommen? (Beifall und Beifall links.)

Darauf fällt die Diskussion.

Die Forderung wird gegen die Sozialdemokraten, Freimüthige
Volkspartei und einem kleinen Teile des Zentrums bewilligt,
ebenso debattels der Rest des Etats für Ostafrika. Des-
gleichen wird noch ungewisser Debatte der Etat für Kamerun
und debattels der Etat für Togo erledigt.

Der Etat für Ostafrika ist fertig.

Abg. Dr. Brandt (Soz.) an, wie es mit der Selbstverwal-
tung in der Kolonie und mit der Buren-Einwanderung stehe.
Gouverneur von Südwestafrika Major Treutwein: In jedem
Bezirke bestehen frei von der Bevölkerung gewählte Räte, eine
Einrichtung, die sich sehr bewährt hat. Die Kolonie ist
in wirtschaftlichen Verhältnissen sehr gut, es gibt reich an
Erz, besonders an Kupfererz — die aber ohne Eisen-
bahnen unnütz sind — auch Weislinge sind gefunden worden.
— Bei aller Sympathie für die tapferen Buren muß ich doch
bedauern, daß dieselben kein durables gutes Ansehensmate-
rial darstellen. Sie sind nur als Viehhändler zu gebrauchen;
zur Bildung einer geistigen Kultur, daher können uns nur
kapitalistische Buren gewinnen sein; andere Anlieber da-
gegen auch ohne Kapital. Damit wir deutsche Anlieber hinein-
ziehen können, bitte ich Sie, die geordneten Anlieberungs-
Beihilfen im Betrage von 300 000 M. zu bewilligen. Ich selbst
habe nur 600 000 M. zu fordern, die Kolonial-Verwal-

tung aber hat die Summe auf 300.000 M. erhöht. (Weißl. rechts.)

H. Schreyff (konf.) wünscht, daß den armen Büren in der Kolonie nicht mit der Schnelligkeit entgegengetreten werde, die hier der Gouverneur an den Tag gelegt habe.

H. Weßl (Soz.) die Lage der indonesiatrischen Kolonien ist leider sehr bedauerlich, und die Herr Gouverneur glauben machen möchte. Der Wasserstand ist die große Salinität des ganzen Landes. An der Bahn Swatowm-Binchoof hat man Brunnen bis zu 40 Meter Tiefe bohren müssen, um überhaupt Wasser zu bekommen. Die Urteile der Sadverköndigen haben sich ebenfalls geändert; namentlich sind Klagen über die unangenehme Gerüche, die von den Brunnen ausgehen. Die Holzverwertung hat allerdings höhere Erträge ergeben; aber es sind die importierten Anseher, welche die Hölle tragen, während die Beamten, Missionare und die Angehörigen der Schutztruppe frei ausgehen und namentlich die Feldweibel mit ihren tollkühnen begangenen Büren den Fährden Kontraktoren machen. Dieser Art die Bewilligung der Ansehungsstellen wäre es, die Substitution unruhigbarer Gegenden in der Heimat zu unterziehen. (Gehr richtig) — Nach dem Urteil der Sachverständigen verkauft die Regierung das Land in Südwestafrika viel zu teuer, zumal der Anseher 5-6 Jahre braucht, um einen Ertrag aus dem Boden zu ziehen. Die Ausführungen des Herrn Major Weßl zeigen, daß die Ausführungen der deutschen Kreise von einer Art Burendreien befallen sind. Sind die Büren das, was fast die ganze europäische Presse aus ihnen gemacht hat, so könnte man sich doch gar keine besseren Anseher wünschen. Aber freilich: Der Bur ist nicht so ein Gebot und Unterthan, wie gemeinhin, wie man das in Deutschland liebt. Er ist ein mittelständiges Individuum mit der Kolonisation nur dann erlöset, wenn man den Ansehler das nötige Land umsonst gibt und es mit billigen Vieh und praktischen Nachrichten unterzieht. — Statt dessen hat man, wie der offizielle Bericht gegeben wird, so imminne Sandbreiten an favonische Bewässerungen verordnet, daß für die Anhebung von Bauern wenig Land übrig geblieben ist. Ich bin daher der Meinung die Forderung von 300.000 M. zurückzugeben. (Bravo! bei den Soz.)

Der Etat für Südwestafrika einschließlich der Forderung von 300.000 M. für Ansehungsstellen wird bewilligt, ebenso die Etats für Kugonien, die Karolinen, die Marianen und Zentralamerika.

Damit ist die zweite Lesung des Kolonialgesetzes erledigt. Es folgt die Beratung des nachträglich an die Kommission verweisen Titels I im Etat für das Reichsmilitärgericht (Wahlung des Präsidenten).

H. Stabthagen (Soz.) Ich habe den Kriegsminister wiederholt erwidert, daß er zu sagen, daß die Büren nicht bestraft werden, weil die Wahrheit sagen. Ein Defensivkammerwerk ist bestraft worden, weil er die Chinesen nicht von der Erklärung zurückwies, daß er Sozialdemokrat sei. Der Körperbeich, auf Grund dessen die Bestrafung erfolgte, ist absolut unangelegentlich. Heut Kriegsministerellen Gesellen und Körperbeich nicht unbedingt Recht und Wahrheit. (Gehr richtig bei den Soz.) Wir verlangen, daß der Kriegsminister seinen Erlass zurückzieht. (Bravo! bei den Soz.) Soldaten dürfen keine Freigänge sein; ein Freigang ist aber nicht der, der die Wahrheit sagt, sondern der, welcher ihn daran verhindert, wie es dieser feige Erlass thut.

H. Graf Kallenberg Es dürfen den Erlass eines Generalkommandos nicht einen feigen Erlass nennen! (Abg. Stabthagen: Er ist es aber doch!)

Der Titel wird darauf bewilligt. Es folgt die Beratung des Kap. 35 Tit. 10a und 10b im Militär-Etat (Militärtechnische Hochschulen). Diese Titel waren zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen worden.

Die Kommission beantragt nunmehr unveränderte Bewilligung der von der Regierung geforderten 109.000 Mark unter der veränderten Bezeichnung Militärtechnische Akademie und unter der Voraussetzung, daß der Unterricht der Offiziere über Vorkursgegenstände von allgemeiner technischer Bedeutung auch weiterhin an der technischen Hochschule zu Charlottenburg erfolge.

Das Sans tritt diesem Beschluß debattelos bei. Für den ebenfalls an die Kommission zurückverwiesenen Titel 60 im Kap. 5 des Militär-Etats (Truppenübungsplatz Neuhammer) beantragt die Kommission nunmehr ebenfalls die unveränderte Bewilligung der Regierungsforderung im Betrage von 1.500.000 Mark. Von ihrem ersten Beschlusse hätte die Kommission eine Abkürzung von 500.000 Mark beantragt.

Weiterhin beantragt die Kommission die Annahme folgender Resolution:

Der Herr Reichskanzler möge anordnen, daß die Wertabschätzung von Grundstücken, welche für das Reichsgebiet erworben werden sollen, seitens der zuständigen Verwaltungsbehörden unter Mitwirkung des Reichsfinanzamts stattfinden hat.

Nach Befürwortung durch den Abg. Dr. Sattler (natl.) wird der Kommissionsantrag und die von der Kommission beantragte Resolution angenommen.

Die nachfolgende Beschlußfähigkeit des Hauses unentschieden gebliebenen Abstimmung über den Antrag, den zwei Millionen für Reparatur der Kreuzer Kaiserin Augusta und Irene zu bewilligen, ergibt Befürwortung der Kommission bei 111 Stimmen und somit Ablehnung des Antrags freilich.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Hölle und Verbräuchern.

Bei der Entscheidung aus der Bundessteuer hat die Kommission mit 98 Stimmen 113 Stimmen erlangt.

Bei der Brausteuer wünscht

H. Zinger (Soz.) eine eingehende Erklärung des Schatzsekretärs über die Abänderung der Reichssteuer in Bezug auf die Einführung der Biersteuer. Die neuartigen Änderungen des Schatzsekretärs haben naturgemäß die größte Verwirrung hervorgerufen. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär v. Tschirnmann: Es möchte zur Zeit weder mit den Staaten, die der Brauereigenenschaft angehören, noch mit den anderen Verhandlungen irgend welcher Art über die Einführung einer Biersteuer.

H. Dr. Bachmide (Frei. Bdg.) bezeichnet diese Erklärung als recht mangelhaft.

H. Joch. Wehrmair (natl.): Unterstaatssekretär v. Braun hat auf Anfrage im reichsständigen Ausschuss erklärt, daß man der eink. lotterienartigen Brauindustrie unmöglich jetzt eine Erhöhung der Bundessteuer zumuten könne, weil dies die Einführung der Biersteuer käme. (Gehr. hört! bei den Soz.) Der Unterstaatssekretär hat also nur von der Möglichkeit einer Biersteuer gesprochen. (Große Unruhe links.)

H. v. Kardorff (Abg.): Wenn man keine neuen Steuern bewilligen will, ist es ein billiges Verlangen, immer neue Ausgaben zu beantragen. (Abg. Dr. Müller-Sagan ruft: Wohl nach Rombo.)

H. v. Normann (konf.): Wir wünschen weder eine Reichssteuer noch eine Erhöhung der Brausteuer, dagegen recht baldiges Inkrafttreten des neuen Lotteries. (Abg. links.)

Der Etat der Hölle und Verbrauchsteuern wird bewilligt, ebenso debattelos der Etat der Reichs- und Landes-Verwaltung, ebenso das Gesetz der Verabreichung der Subventionen von 18 Millionen auf 72.725.000 M. zu. Eine Reihe weiterer kleiner Etats und Etatsteile wird gleichfalls ohne Debatte erledigt, ebenso das Gesetz für das Jahr 1903 und das Schuldenentlastungsgesetz. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet und die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. (3. Lesung des Kinderzuschlaggesetzes und des Etats.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

lokales und Provinziales.

Salle a. S. 23. März.

Krankenfassenversicherung.

Eine allgemeine Krankenfassenversicherung heißt Gründung von Malbergschulden (Krankenfassen) und Sonntag mittag im Saal der Provinzialgesellschaft hat. Die einleitenden Referate hatten die Herren Prof. Dr. Frankel, hier, sowie Herr Dr. B. a. e. Berlin übernommen. Ersterer führte aus, daß schon vor etwa vier Jahren in Berlin die ersten Erholungsstätten eingerichtet wurden und seitdem nützlich erweitert sind. Behandelt werden in solchen Erholungsstätten Nerven, Blutarme und die leichteren Fälle der Tuberkulose. Durch die Erholungsstätten, auch Tagesasylorien genannt, soll die Möglichkeit gegeben werden, Krankenbesuchen die notwendige Pflege nach überhandnehmenden Krankheiten noch eine Zeitlang zu gewähren, und vor allem bei den meisten Krankheiten vorbeugend zu wirken, dieselben gleich im Keime zu erlösen. Zweck sind die Sanatorien in der Umgebung der großen Städte entstanden. Klagen der notwendigen Wirtschaften zur Leistung der Pflege der Erholungsstätten ist bei der Errichtung auch für Mangel georg, bei schlechterem Zustand einen Aufenthalt ermöglichen. In den meisten Fällen ist vom Fortschritte bereitwillig das nötige Terrain unentgeltlich leicht zur Verfügung gestellt. Nach dem Gesetz ist den Krankenfassen derartige Pflege gefast. Die Resultate sind überall außerordentlich günstig gewesen.

Eine erste wichtige Besserung ist überall zu konstatieren. Die Fürsorge ist außer Männern und Frauen auch Kindern zu gute gekommen. Allen diesen Verbesserungen hat nicht der Stempel der Wohlthätigkeit an; es geschieht lediglich im Rahmen der Krankenfassenversicherung. Für Fälle welche die Errichtung ziemlich leicht zu bemerken ist; in der Heide wäre ein geeigneter Platz dafür. Wichtig ist bei der Errichtung die Berücksichtigung der Transportverhältnisse. Durch die Straßenbahn muß es ermöglicht werden, die Kranken nahe an die Stätten heran zu bringen, auch müßte natürlich eine entsprechende Bewilligung der Polizey einwirken.

Herr Dr. Weder-Verein befragt darauf die nähere Einrichtung und die Finanzierung der Erholungsstätten. Die Veranlassung sollen die Erholungsstätten der Provinzialgesellschaft. Durch Untersuchungen wurden die Möglichkeiten festgestellt und Mittel gesucht, die Kranken vor diesen Krankheiten zu schützen. Die vorhandenen freien Plätze in den Städten bieten keine Erholung, notwendig ist ein recht langer Aufenthalt im Freien, der nicht wie ein Spaziergehen in der Stadt nur in gewissen Stunden gestattet ist. In Berlin wurde zunächst ein Terrain von 3 Morgen erworben. Durch Bäume umfriedigt, waren sie allein den Kranken zugänglich. Die Einrichtung ging im wesentlichen von der Zentralkommission der Krankenfassen aus. Das Ministerium gewährte den Erholungsbedürftigen besondere Vergünstigungen bezüglich der Fortbewegungen. Den Kranken ist gestattet, Arbeiterfahrarten unter Wegfall jeder Beschränkung zu benutzen. In jeder Tageszeit können die Kranken dort fahren, eventuell die in einer Woche nicht abgefahrenen Tage auf die nächste übertragen lassen. Die Einrichtung der Sanatorien ist sehr einfach gehalten. Für jeden Kranken ist ein Bett und ein Kissen, sowie das notwendige Bettzeug vorhanden. Auch ein Tisch in Benutzung vorhanden. Eine vollst. Raum für etwa 100 Personen. Die Gesamtkosten stellen sich für die Anlage, die 150 Kranken Raum bietet, auf 5000 M. Der Einwurf, daß die Krankenfassen derartige Kosten nicht decken könnten, ist nicht stichhaltig. Die Ausgaben seien verhältnismäßig unbedeutend; sie bestehen in den Kosten für 1/2 Liter Milch und einem Mittagbrot für 30 Pf., welche neben der ärztlichen Behandlung durch die Kosten und dem Krankengeld gewahrt werden müssen. Einem Berliner Magistratsmitglied seien Bedenken ausgetauscht, ob diese Fürsorge nicht über den Rahmen des Krankenfassenversicherungsgesetzes hinausginge. Eingezogene Erfindungen haben aber ergeben, daß diese Bedenken unbegründet sind. Die Einrichtung in die Stätten erfolgt nur auf Antrag der Krankenärzte. Eine gewisse Vorsicht wird angewendet, nur wo die Behandlung einen Erfolg verspricht und absolut notwendig ist, wird die Aufnahme sofort vollzogen. Die Nachfrage ist sehr groß; die Berliner Anstalt war schon in den ersten zehn Tagen voll besetzt. Im ersten Jahre wurden 12.000 Verpflegungstage, im zweiten 20.000 und im dritten 60.000 gemacht. In einzelnen Tagen haben sich bis zu 600 Kranke gemeldet. In bringenden Fällen bringt das in der Stätte eingerichtete Bureau die notwendigen Schreibereien. Die Kranken bleiben in Behandlung der Krankenärzte, nur auf Wunsch werden Umschlüge und andere Vorschriften ausgeführt oder eine besondere Kost gewährt. Die Bestimmungen des Antrags sind in der Beobachtung ihrer Mitglieder gefast; die Kontrolle geschieht durch Kontrollanten, in welche für jeden Tag die Zeit der Ankunft und der Abfahrt von der Vertreter der Anstalt eingetragen. Meistens unter den Kranken sind selten vorgekommen, in den 4 Jahren ist erst ein einziger Fall vorgekommen, daß ein Kranker aus der Anstalt gewiesen werden mußte. Der Alkoholismus wird in den Anstalten selbst mit ärztlicher Vorsicht nicht gestattet. Die Verpflegung aller ist gleich, besondere Vergünstigungen werden nur nach ärztlicher Vorsicht gewährt. Aufnahmen können Kranke finden, die gehen können. Der größte Teil der Besucher, etwa 50-60 Proz. sind Krankenkräfte, dann dominieren Magenkrankheiten und Nervenleiden. Der Vorteil, welchen die Kranken haben, läßt sich nicht zahlenmäßig feststellen. Bietet erhöht sich die Ausgabewerte, läßt aber in der Folge bedeutend nach. Die Ergebnisse lassen sich erst in den nächstfolgenden Jahren genauer verfolgen. Die Krankenfassen sind von den Ergebnissen sehr befriedigt. Die Mehrausgaben werden reichlich durch Erparnisse an Medizin und sonstigen Unkosten gedeckt. Für den einzelnen Kranken stellen sich die Jahreskosten auf etwa 3 Mark monatlich. Zur ersten Einrichtung hat die Stadt Berlin 4000 M. gegeben, die Landesversicherungsanstalt ebenfalls 4000 M. Verschiedene Großhändler haben namhafte Beiträge geleistet. Die Betriebskosten werden aus dem Verkauf der Milch und event. Ueberflüssig vom Mittagbrot gedeckt. Butterbrot und belegte Breie werden zum Selbstkostenpreise abgegeben. Die Gebäude sind gut genug des Jahres bezugs. Die Wägen sind noch bessere sein, wenn die Berliner Wägen besser wären. Was noch günstigere finanzielle Verhältnisse festsetzen, ist leicht der Erfolg der Sanatorien bedeutend zu steigern. Es muß immer wieder betont werden, daß diese Fürsorge keine Wohlthaten sind und sein sollen. Es ist nur die Einrichtung im wesentlichen dieselbe als bei Männern. Es werden nicht nur ledige sondern auch verheiratete Frauen aufgenommen. Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, können mitgebracht werden. Anfanglich waren nur ein Drittel verheiratet, später über die Hälfte. Als Krankenfassen kommen hier mehr Viehstich und Blutarmut in Frage. Auch überhandnehmende Operation und Augenkrankheit sind oft ausschlaggebend. Die Städte haben auch das größte Interesse an den Heilstätten. Die Krankenfassenbehandlung kann dadurch wesentlich abgekürzt

und verbilligt werden. Auch für Kinder sind Sanatorien eingerichtet, das gehört zunächst nicht zur Aufgabe der Krankenfassen und findet hier zunächst ein. Die Bewilligung geschieht nach Angabe der Lehrer. Zunächst würde hier eine Erholungsstätte für Männer eingerichtet sein. Die Erweiterung kann dann planmäßig vorgehen werden. Durch diese Einrichtungen muß vermindert werden, den verheerenden Krankheiten das Feld abzugraben, die Krankenfassen sind leichter zu berufen als zu heilen.

An der Debatte führte Herr Stadtrat Bitter südliche Hilfe zu. Auch Herr Medizinalrat Feule gab im Auftrage der Königl. Regierung in Meriburg die Zulassung eines Berichtes. Herr Dr. Müller berichtete, daß die Landesversicherungsanstalt den Verbesserungen sympathisch gegenüberstehe und auch einen Beitrag in Aussicht stelle. Eine Einigung konnte im weiteren Verlauf der Verhandlung über die Frage, wer die Sanatorien einrichten solle, nicht getroffen werden. Die Verhandlung stimmte der Einrichtung im Vereinig zu und wählte eine siebenköpfige Kommission, bestehend aus den Herren Professor Frankel, Stadtrat Bitter, Gehlberg, Heine, Stäber, Lier, Schurig zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit. Danach erreichte die von Beratern und Krankenfassen zahlreich besuchte Verammlung ihr Ende gegen 1/2 Uhr.

Städtische Fortbildungsschulen.

Städtische allgemeine Fortbildungsschule. Der Unterricht im neuen Schuljahre beginnt Donnerstag, den 16. April. — Städtische Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Schulgrundrind Sandwerferstraße, Ostjahresstraße. Der Unterricht im Sommerhalbjahr beginnt am 16. April 1903. — Städtische Handwerkerlehre in Halle a. S. Das Sommerhalbjahr an der Handwerkerlehre und der mit derselben verbundenen zweijährigen Mädchenlehre beginnt am Donnerstag, den 16. April. — Städtische kaufmännische Fortbildungsschule in Halle a. S. Das neue Schuljahr beginnt am Donnerstag, den 16. April.

Volksvorstellung.

Von der gelirigen Volksvorstellung wird uns gemeldet, daß die Uebelstände ziemlich besichtigt waren. Als abänderungsbedürftig mochten wir nur die die moscheiförmige Abgabe von Billets an Beauftragte längerlicher Kreise bezeichnen, wogu und ein besonders eklatanter Fall mitgeteilt wurde. Die Vorstellung war in jeder Hinsicht mullergig.

Zur Mühlfordt-Affaire

gibt der Vorstand der Handwerkerkammer in der Mitteldeutschen Handwerker-Zeitung folgende Erklärung in eigener Sache: Der Vorstand bringt den Mitgliedern der Kammer, sowie den Handwerker uneres Bezirkes die betrieblende Mitteilung, daß der bisherige Sekretär Dr. Mühlfordt seines Amtes wegen Unterfchlagung entbunden werden mußte. Dr. Mühlfordt hat das Vertrauen des Vorstands in einer geradezu unerhörten Weise zu mißbrauchen gemußt und seit Monaten Geldbeträge eingezogen, wogu er zwar nach Beschluß und Dienstamtverpflichtung bereit war, jedoch dieselben der Kasse abzuführen unterließ. Während einer Verhandlung Dr. Mühlfordts wurde in den letzten Tagen eine außerordentliche Kassenrevision vorgenommen und dabei ein Betrag von ca. 12.000 M. als nicht zur Kasse abgeführt entdeckt. Es bestehen einige Forderungen aus sehr einzelnen Zahlungen, welche die Kommunen und Kreise in unbestimmten Terminen geleistet haben. Der Vorstand hat sich in täglichen Sitzungen bemüht, die Gegenwart des Dr. Mühlfordt in Halle zu erlangen, was aber als mißlungen ausgefallen und daher die Angelegenheit der hiesigen königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben werden mußte. Inzwischen ist Dr. Mühlfordt in Brandenburg a. Havel verhaftet worden. Der Vorstand sieht sich an der Sache schuldlos und wird diese durch die weiteren Ermittlungen des Herrn Staatskommissars beweisen können. Zur Vernehmung weist der Vorstand darauf hin, daß vorausichtlich ohne Erhöhung der Umlagen, allerdings bei größter Sparamkeit binnen Jahresfrist der Verlust des Betrages im Rahmen des beschlossenen Etats gedeckt werden kann. Weitere und nähere Nachrichten in dieser Angelegenheit folgen in den nächsten Nummern.

* **Gemeinnützige Steuern.** Der Bezirksausschuss zu Meriburg genehmigte in seiner gelirigen Sitzung die von den hiesigen städtischen Kollegien festgesetzte Verteilung der Gemeindefteuern, so daß als 140 Prozent Zuschlag zur Staatskommunalfteuern, 5,13 Prozent Grundsteuer vom Nutzungswerte, sowie die Gewerbesteuer nach der neuen Gewerbesteuer-Ordnung zur Erhebung gelangen.

* **Erfolgreiche Anschaffung.** Gestern war die Frist abgelaufen, innerhalb welcher die Bewegungen von die durch Weggang des Stadtrats Schnadenburg freis werdende Stadtsstelle eingereichten waren. Es sind 50 Besuche eingegangen.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Frau Ottilie Meager, die bekannte Mästin der Rindlichen Oper, wird am Mittwochabend die Partie der Dalia in Sami-Samir's Oper „Samion und Dalia“ singen. Morgen, Dienstag, wird zum letztenmale das Volksstück „Mein Leopold“ und die Operette „Jehn Mädchen und sein Mann“ gegeben (Beantwortungen haben Gültigkeit). — Für das am Freitag stattfindende Benefiz des Chapeaux Stahlberg werden große Vorbereitungen getroffen. — Ein großes künstlerisches Ereignis ersten Ranges hat der Herr Senator wieder ins Repertoire aufgenommen und legen die Hauptrollen in den Händen der Damen Fernando, Wapler, Fürtzenau und Wangemann sowie der Herren Dr. Maunther, Deutjmann, Eidenaf. Die nächste Extra-Vorstellung bei den Eintrittsreinen von 60, 40 und 20 Mark findet Donnerstag, den 21., statt und kommt dabei tolle Schminke: Platz der Armen zur Verfügung. Billets hierfür sind bereits jetzt an der Theaterkasse zu haben.

* **Aus dem Bureau des Volkshaus-Theaters.** Die Hauptattraktion des vorzüglichen März-Programms, Die Great Henry Brand, wird von heute, den 23. d. M., ab eine sensationelle Neuheit, betitelt: Der mysteriöse Koffer. — Ein großes amerikanisches Sensations-Drama — bringen, um dem er bereits an anderen Bühnen kolossales Aufsehen erregt hat. Es soll mit diesem — wie es die Aufführungen bezeugen — nächst dem 20. Jahrhundert's ein Triz zur Ausführung gebracht werden, wie er in dieser Vollkommenheit noch nie zuvor geboten worden sein dürfte: derselbe soll mit geradezu verblüffender Genauigkeit nachvollzogen werden und eine Schicksalsartige Lage überderrt, die selbst die meistberühmten und allgemein für unübersteigbar erklärten Leistungen des großen Schicksals-Sublimen weit hinter sich zurückläßt. Die 12 Personen des Dramas werden von The Great Henry Brand ganz allein dargestellt werden.

Schneeweis. Eine teure Petition. Der stürmische Kredit Franz Theuerhorn von hier hatte am 5. Januar einen Bauer auf dem Felde eine Petition wegenommen. Der Petitione brachte die Sache zur Anzeige und die Folge davon war, daß Theuerhorn, der allerdings schon bedroht ist, wegen der Angelegenheit nicht weniger als 2 Monaten Gefängnis vorurteilt wurde. Es ist kaum möglich, wie man wegen einer laienhaften Petition Anzeige erheben kann.

Stendal. In der Nacht zum 18. Februar wurde bei der Witwe Johr hier eine Scheibe zertrümmert, ein Fenster aufgebrochen und gestohlen. Der Dieb hatte aber keinen Verfolg gehabt, da bei der alten Frau nicht viel zu holen war. Er hatte dort ein Stückchen Brotkrumen gefressen, mehrere Schlüssel, ein Vorlegelöffel, einen Schraubenschlüssel, ein Messer um 15 Pf. die verschluckt waren, mitgenommen. Frau Johr war damals verheiratet und hatte ihre Verdingen und das übrige Geld mitgenommen. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf den 20. März. Kredit Albert Gurtum aus Zeitz, der nordwärts ist und bei dem Schwager der Petition, Gutsbesitzer Johr, diene. Die Petitione, die neben einem Schwager wohnt, veranlaßte eine Ausladung, gelegentlich der bei St. die geordneten Angelegenheiten vorgegangen wurden. Man entdeckte auch Zeitschriften an den Pantoffeln des Beschuldigten, wie solche in der Wohnung vorgefunden wurden. An Gurtums rechter Hand und an dem eingedrungenen Fenster bemerkte man Fußspuren, woraus gefolgert wurde, daß der Dieb sich bei dem Zertrümmern des Fensters verlegt haben muß. Sturm, der nun am Sonnabend vor der Strafkammer angeklagt war, befreit aber mit seiner Verteidiger, der Richter gemessen zu sein. Die Beweisaufnahme fiel aber sehr beiläufig für ihn aus. Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Angeklagte in Not gehandelt haben könne, da er damals 40 Mk. Gerichtslohn bezahlen mußte, aber kein Geld besaß. Der Angeklagte war ein ganz veränderter Mensch und es ist deshalb eine Zuchtstrafe von 2 Jahren mit Haftstrafe zu verhängen. Das Gericht hielt den Fall für erledigt für den Täter. Billigte mildernde Umstände zu, erkannte aber auf die erprobte Strafe von 3 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust.

Ermischen. Eine Geburtsfeier geführte hatte am Abend des 2. November der Kaufmann Hermann Schwarz von Bernburg, früher hier. Er ließ in das Haus des Arbeiters Brumbach verladen und bediente mehrere Personen. Als der Nachtwächter Köpfer zu Hilfe gerufen wurde, sagte er: „Wer mir zu nahe kommt, den schieße ich nieder.“ Schwarz war deswegen vom höchsten Schöffengericht zu 65 Mk. Geldstrafe event. 1 Woche Gefängnis und 3 Tagen Haft verurteilt worden, und hatte gegen dieses Urteil bei dem Landgericht Halle Berufung eingelegt. Als aber der Staatsanwalt, der ebenfalls Berufung eingelegt hatte, gegen Schwarz eine Erhöhung der Strafe auf 100 Mk. event. entsprechende Freiheitsstrafe beantragte, nahm der Angeklagte auf Veranlassung des Gerichtsvorsitzenden keine Berufung in Aussicht.

Görlitz. Guten Vernehmen nach steht die Aufnahme des Betriebes auf der Wandersche Wandfabrik jetzt im Vorstadium. Die Gewerkschaft hat vom 1. April ab bei der Eisenbahndirektion die tägliche Bestellung von 60 Wagen zur Verfrachtung des Fabrikates gefordert.

Naumburg. Dompröbste und Domarbeiter. Unter millionenreicher Dom zählt bekanntlich mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. Die für ansehnliche Verdienste von vielen Tausend Mark pro Jahr erhalten. Auch Graf Wolodowski ist seit einigen Jahren Präbste des hiesigen Domes. So vorzüglich für nichts und wieder nichts die Präbste bezahlt werden, so häufig werden die Arbeiter entlassen, die während des Vertriebes im Winter im Waldhause ein Haus und bedient wurden. Ein Arbeiter, der regelmäßig wöchentlich bezahlt, nach Fertigstellung der Arbeit wurde „aufgemerckter“ und bekam die Arbeiter als Schutzpatronen in „Waren“ (d. h. Holz), teils in barem Gelde durchschickte noch den Wert von einer Mark heraus. Aber trotzdem wäre das eine Entlohnung, die unter aller Kritik steht. Wie kommt man übrigens dazu, den Arbeiter nicht den vollen Lohn auszahlen? Man fürchtet wahrscheinlich, die Arbeiter würden weggehen, und nur die Angst, den zurückgehaltenen Lohnbetrag einzubüßen, bewege sie zum Bleiben. Sehr christlich gedacht! Nicht ohne Interesse ist, daß die Arbeiter vergeblich worden

und von dem Domkammerer Bader, der bei der 1898er Reichstagswahl nach Altmühl eine Wählervereinsammlung einberufen hatte und in derselben in mehr als einhundert Rede die Sozialdemokratie manifest schlug. Die erschienenen Parteigenossen von hier kamen nicht zu Wort, um die auf unsere Partei gehaltenen Schimpereien zu widerlegen, sondern sie mußten den Saal verlassen. Demals führte Herr Bader aus, von einer Rot der Arbeiter könne keine Rede sein; viele Arbeiter lebten besser als er; unter den vom Domkapitel angehaltenen Arbeitern gebe es welche, die bis zum Frühstück ihr sechs Pfennig verdienen und ihr Brot doppelt und dreifach belegen. Dieser Wählererei hat Herr Bader wahrscheinlich bei Auswertung der Löhne für die Erbauungsarbeiten im Buchholz vorbeugen wollen. Es ist doch gut, daß es noch Arbeiterfreunde gibt, die für das teilsche und furcherliche Spiel der Arbeiter mit Mutterliebe sorgen. Ein Domarbeiter ist freilich kein Dompröbst.

Naumburg. Am Freitag nachmittag hatte der Papierwarenhändler Bader das Unglück, auf einem ersten Ausgange, den er nach langer Krankheit unternahm, das eine Bein am Knie zu brechen, so daß er mittels einer zur Tragbahre improvisierten Leiter in seine Wohnung geschafft werden mußte.

Naumburg. Bekanntmachung. Der Magistrat macht bekannt, daß derjenige, der den Arbeiter des Brandes bei dem Zimmermeister zur Anzeige bringt, von der Provinzial-Stadt-Verordnetenversammlung eine Belohnung bis zur 100 Mark erhält. Am Montag, den 23. März, vormittags 10 Uhr verkehrt das Domkapitel im Volksklub bei Bethau 2825 meiste Stammmittel öffentlich meistbietend.

Erfurt. In die Freiheit zurückgeführt ist am Sonntag G. Hoffmann, nachdem er seit dem 8. September d. J. also fast 7 Monate im hiesigen Gefängnis eingekerkelt hat. Er hat durch die lange Strafe zwei „Beleidigungen“ gestiftet, die von den Erzieher Vätern als zu schwer zu sühnende Vergehen angesehen wurden. Wie heißen unsere schwergeprüften Kollegen in der „Freiheit“ herzlich willkommen und hoffen, daß er an seiner Gesundheit nicht allzu sehr gekümmert worden ist.

Bitterfeld. Die Gefangenenaufsicht am Landgericht Halle macht der Zeitschrift die Mitteilung, daß die vom hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung zu 6 Wochen Haft verurteilt, und von der Anklage der Bedrohung und des Unrats freigesprochen worden war. Er war am 20. Dezember v. J. in betrunkenen Zustande nach Haus gekommen und hatte Skandal gemacht. Als er zur Polizeiwache und den Wachtmeister nach Hause in der größten Wut kam. Den letzteren bedrohte er auch mit Todschlag. Der Staatsanwalt, der ebenfalls gegen das Urteil Berufung eingelegt hatte, hielt die von der ersten Instanz verhängte Strafe für viel zu niedrig und beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten Gefängnis. Nachdem sich wiederholt erwidert worden mit dem Hinweis, daß der Staatsanwalt werde die von ihm eingelegte Berufung zurücknehmen, keine Berufung zurückzugeben. Da das aber nicht geschah, hob die Strafkammer das erstinstanzliche Urteil auf und setzte eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis fest.

Alte Provinzial-Nachrichten.

St. Erfurt verlor die Oberin W. an Bluthvergiftung. Sie hatte einen nierenkranken Kessel im Kartoffellager stehen lassen und wahrscheinlich damit gegessen. Eine Nierenleide wurde in Lauchstädt in einem Dingerhaufen gefunden. In Erfurt erkrankte ein 16-jähriger Schülerlehrling.

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Sangerhausen-Scharzberga. Dienstag, den 24. d. Mts. findet im Goldenen Anker zu Sangerhausen die Zusammenkunft der Nationalsozialisten statt, in welcher der Sekretär dieser Partei, Herr Haupt aus Berlin, über die kommenden Reichstagswahlen sprechen wird. Die Nationalsozialisten legen auf die Wahl in unserem Kreise große Hoffnung. Selbstverständlich kann kein Arbeiter einem Nationalsozialisten die Stimme geben; denn die Herren sind bei Wahl und Wählenden nur noch bewilligungslustiger als selbst die Konterdation. Mit ihren demokratelnden Redensarten und ihrer Anerkennung mancher Arbeiterforderungen luden sie die Arbeiter zu blenden

Da aber gerade der nächste Reichstag über Hunderte von Millionen für neue Militärausgaben bewilligen soll, liegt es den Besten zum Götterglauben, wollte man einen Nationalsozialisten wählen.

Zus dem Reich.

Leipzig. Das Reichsgericht hat in dem Prozess Sanden und Genossen eingelegte Briefen der Angeklagten und des Staatsanwalts verworfen. Auf die Revision des Staatsanwalts wurde das Urteil insofern abgeändert, daß die Strafstrafe für die gegen Edward Sanden verhängte Geldstrafe von ein auf zwei Jahre Gefängnis erhöht wird.

Wien. Dieser der Arbeit an elektrische Leitungsdrähte und wurde sofort getötet. In der Brandenburg wurde der Bergmann Kaiser von herabfallenden Steinen erschlagen. Er hinterläßt eine Frau und sieben kleine Kinder.

Rain. Ein verurteilter Stadtrat. Vom Schwurgericht wurde der Fabrikant und ehemalige Stadtrat Bauer, eine ehemalige Köhler nationalliberale Verbindung, wegen Verletzung zum wissenschaftlichen Reichsamt einer Frau Kreuz unter Einwirkung einer gegen ihn wegen Unterschlagung erlassenen Strafe zu einem Jahre und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Vier Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Außerdem erkannte das Gericht auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Wie verurteilt, obwohl noch ein Verfahren gegen Bauer wegen Unterschlagung von Geldern im Betrage von 80.000 Mark.

Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Der nachts in Marienbad eintreffende Bilsener Personenzug ist auf dem vorzeitig abfahrenden Karlsbader Zug aufgefahren. Beide Maschinen wurden beschädigt, der Zugführer des Bilsener Zuges getötet. 7 Personen, darunter beide Lokomotivführer, wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Wuppertal, 23. März. Am Freiheitsplatz fand gestern eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, der nach polizeilicher Schätzung etwa 20.000 Personen anwohnten. Nachdem eine Resolution gegen die Wehrverordnungen angenommen worden, sprach ein Redner über die Umtriebe der Militaristen und Soldaten in Ungarn. Die Versammlung verlief ruhig. Besondere Maßregeln sind in den Vororten getroffen, wo speziell die Köhler sehr bewacht werden. Auch beim ungarischen Theater, wo gestern wieder das Demonstrationsspiel „Gott erhalte“ gespielt wurde, traf die Polizei umfassende Vorkehrungen. Die Regierung hat die Abhaltung des diesjährigen Pfingstfesten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Madrid, 23. März. Aus Marokko wird gemeldet: Die Regierung sendet Marokko mit einer Spezialmission zur Begründung des Friedens im Land nach Algier. Im Sommer herrscht Ruhe; das Herz lagert am Schiffsbau. Im März wahrscheinlich in Fezja. Der Auftrag der Wanderarbeiter bei Tetuan dauert an, die Zahl der Ausständigen beträgt angeblich 5000 Mann.

Frankfurt a. M., 23. März. Wie die Frankf. Zeitung aus Karlsruhe meldet, fanden dort gestern früh um 6 Uhr und mittags kurz nach 2 Uhr zwei ziemlich heftige Erdstöße statt.

Neustadt a. d. Saale, 23. März. Aus verschiedenen Orten schänten der Wahl wird gleichaltes gemeldet, daß gestern früh 6 heftige Erdstöße bemerkt wurden, die sämtlich von harten unterirdischen Geräuschen begleitet waren. Die Mauern waren in bester Bewegung, Thüren wurden ausgehoben. Die Bevölkerung befindet sich in großer Aufregung.

St. Thomas, 23. März. Der Mont Belee wird sich vor gestern wieder stark Rauchwolken aus. Am Sonnabend lagerte mehrere Stunden über St. Vincent eine starke schwarze Rauchwolke.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Feite in Halle.

Ortskrankenkasse für die Metall- und Holzarbeiter zu Halle a. S.
Montag den 30. März 1903 in Dorfs Restaurant, kurze Gasse
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Kasse. 2. Bericht der Revisoren. 3. Erweiterung der stammesleistungen, Sterbegeld für Kinder betreffend. 4. Sonstiges.
Die Herren Generalversammlungs-Vertreter werden dazu eingeladen.
Der Vorstand.

Git! Billig!
Wo steht man nur gut getragene Schuhwaren zu sehr schweren Preis-Zahlen? Dasicht werden für Damen und Kinder die höchsten Preise gezahlt. Gleichzeitig bringe ich mein großes Schuhwarenlager in Erinnerung.
H. Wolf, Wühlgasse 2.

Die Volksbuchhandlung
empfiehlt sich zur Lieferung aller Modenzutaten, als:
Große Modenwelt
Kleine Modenwelt
Kindergarderobe
Die Modenwelt
Wäsche-Zeitung
Mode und Haus
Elegante Mode
Frauenleib
Biederer Moden!
Deutsche Modenzeitung
Blatt der Hausfrau
Hauslicher Ratgeber etc.

Naumburg.
Empfehle meine Reparatur-Versicht für Schuhwaren aller Art, sowie Anfertigung nach Maß bei soliden Preisen.
G. Schrickel,
Große Georgenstr. 4, III.
Farben, Firnisse, Lacke, Pflaster
billig bei
Gebrüder Mulertt
Halle, Gr. Klausstraße 1. 0
Sämtl. Barteyschriften
Die Volksbuchhandlung.

Albert Wetterling,
Inh.: W. Pauline Wetterling.
26 Schmeerstr. nur 26,
bringt
jeine als gut und billig anerkannten
Schuh-Waren
in empfehlende Erinnerung.
Mitglied des Rabatt-Verbands.
Aepfel
a Nord 1. Mar.
Kellerei Charlottenstr. 5, 6, 7.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: M. Richards.
Dienstag den 24. März 1903
Abends 7 1/2 Uhr:
186. Vorst. i. Ab. 121. Vorst. i. N. Ab.
2. Viertel. 3. Viertel. 4. Viertel.
Wein Leopold.
Original-Volkstheater mit Gesang in 4 Akte.
von Ad. W. Aronow.
Vorher:
10 Mädchen u. kein Mann.
Kom. Operette von F. v. Suppe.
Mittwoch den 25. März 1903
abends 7 1/2 Uhr:
187. Vorst. im Ab. 122. Vorst. i. N. Ab.
3. Viertel. 4. Viertel. 5. Viertel.
Einmaliges Gastspiel von Fr. Ottavio
Meizger.
Samson und Dalila.

Neues Theater
Direktion: E. M. Maunther
Dienstag: Tutti.
Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Ab 23. März er.
Neu! Neu! Neu!
Das Kästlein d. 20. Jahrhunderts
oder
Der mysteriöse Koffer.
Großes amerik. Sensationsdrama.
12 Personen mit 40 verschiedenen
Verwandlungen dargestellt von
The Great Henry French,
jowie das übrige
Glanz-Programm.
Reinste Schmirböhnen (sic) a Pf.
15 Pf. empfiehlt
E. W. Paul Koch, Gr. Steinstr. 53.

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Poller.
Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.
Die Sensation der letzten Saison:
J. van Edens
gr. spanischer Sportspekt
ausgeführt von 2 Damen, 2 Herren u.
2 Riesenstieren.
Ginzig auf der Welt existierend
und das übrige
Pracht-Programm.

Größte Auswahl
in
Restaurations-Einrichtungen
bestehend aus:
Tischen, Stühlen, Wägen, und Leder-
säcken, Billards in Parkbaum u. Gieße,
Biancos, Bierdruckapparaten, ferner
10 Dbd. eierne Gartenmöbel u. Lische
u. b. u. verkauft billig
Friedrich Peileke,
Geiffstraße 25.
Telephon Nr. 2450.
Hochfeine Serringe
6 Stück 25 Pf., 4 5 Pf. und
2 Stück 15 Pf.
H. Gardellen
a Pf. 1. M. offeriert
A. Trautwein.
Apfelsinen
Ein Wagen hochfeine Mat-Apfel-
sinen wieder frisch eingeführt. Für
Wiederverkäufer äußerst billige Groß-
preise. **Rammischestr. 3, Cing. Gos.**
Sals- und Weiskäfer, Kuh- u.
Wichsaffen, Messerputzen, Fleisch-
klober, Rindfleisch, Gabelreiter,
Ruchendosen, Rammern, Quirle,
Zugmaschinen, Einrichtungen, Gar-
dinen-Rangen, Projekte, etc.
C. Köbel, Wendeplatzstr.
Konium-Mitglieder erhalten Rabatt-
Marken.
Tüchtige Bazarren u. Widelmacher
sof. gel. Otto Fuchs, Bazarrenfabrik.
Tüchtige rebandante
Leute, auch Frauen s.
Vertrieb eines patent.
Sousartfell gelucht.
a Pf. 1. M. offeriert
Kleine Ulrichstraße 27.
Bortemannsche
3. M. Blohning, Inh. u. 6 Schüssel
verloren. Abzugeben Schmeerstr. 20.1.

Neues Theater
Direktion: E. M. Maunther
Dienstag: Tutti.
Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Ab 23. März er.
Neu! Neu! Neu!
Das Kästlein d. 20. Jahrhunderts
oder
Der mysteriöse Koffer.
Großes amerik. Sensationsdrama.
12 Personen mit 40 verschiedenen
Verwandlungen dargestellt von
The Great Henry French,
jowie das übrige
Glanz-Programm.
Reinste Schmirböhnen (sic) a Pf.
15 Pf. empfiehlt
E. W. Paul Koch, Gr. Steinstr. 53.

Apfelsinen
Zitronen
Obst und Südfrüchte ein gros.
Robert Semmler,
Halle a. S., Nikolaistraße 8.
Max Schultze,
Morgenswinger 3 verkauft in besser
Qualität **Grünen** Pf. 20 Pf.,
Roten Pf. 30 Pf., **Zucker** Pf. 30 Pf.,
30 Pf., Sultaninen Pf. 40 Pf.,
Samal Pf. 60 Pf.
Restaurant u. Wirtschaften-Gand-
lung sofort preiswert zu verkaufen.
Näheres durch C. Schultze,
Bücherg. 2 (Cing. Merseburgerstr.)

